

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Angabe: 1 Monat, 6. Woch. 1.20 einchl. 18 J. Best.-Geb. 12.00 J. Inklusivgeb.; d. Woch. 1.40 einchl. 20 J. Austrägergeb.; Einzelz. 10 J. Bei Nichterhalten der Zeit ist hoh. Gewalt gerichtlich. Einreich. od. Konturgen hinfällig wird. Erfüllungsort: Aitensteig, Gerichtsstand Nagold.

Nummer 73 | Altensteig, Mittwoch, den 27. März 1935 | 58. Jahrgang

Der deutsche Standpunkt

Zu den deutsch-englischen Verhandlungen in Berlin

Es ist begreiflich, daß in diesem Augenblick, in dem die Besprechungen, die zwischen dem Führer, dem Reichsaußenminister Baron v. Neurath und dem Beauftragten der Reichsregierung für Völkerverbindungen, Herrn von Ribbentrop, Lordsegelbewahrer Eden und dem englischen Botschafter Sir Eric Phipps andererseits stattfinden, noch im Gange sind, über ihren Verlauf oder gar ihr Ergebnis noch nichts ausgesagt werden kann. Ueberhaupt sollte man sich von vornherein klar darüber sein, daß ein Ergebnis im Sinne irgendwelcher Abmachungen nicht zu erwarten ist, weil es gar nicht beabsichtigt war. Sir John Simon hat vor seiner Abreise von London ausdrücklich hervorgehoben, daß sein Besuch in Berlin zu informativem Zweck zu erfolgen wird. Das entspricht auch durchaus der Auffassung, die in den Kreisen der deutschen Staatsmänner vertreten werde. Beide Teile werden, jeder dem anderen, die eigene Einstellung zu den großen europäischen Problemen und die Motive für diese Einstellung darlegen, und man wird sich freimütig und ausführlich über die mutmaßlichen Auswirkungen der Vorschläge aussprechen, die für die Lösung dieser Probleme vorliegen.

Es liegt nach allem, was vorangegangen ist, nahe, daß die Grundlage der Berliner Verhandlungen das Londoner Communiqué vom 3. Februar 1935 ist. Durch den letzten englisch-deutschen Aussenwechsel ist ja noch einmal festgestellt worden, daß England auf die Erörterung der fünf Punkte dieses Communiqués Wert legt und daß Deutschland seine Bereitwilligkeit zu einer Diskussion auf dieser Grundlage aufrecht erhält. Die deutsche Auffassung zu den einzelnen Verhandlungsthemen ist wiederholt so eindeutig klar umrissen worden, daß es nicht schwer ist, sich vorzustellen, was den englischen Gästen vorgetragen wird.

In der Rückfrage, die durch das deutsche Geheiß für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 in tatsächlicher Hinsicht wesentlich bereinigt wurde, besteht kein Zweifel darüber, daß das Deutsche Reich nach wie vor zum Abschluß einer allgemeinen Rüstungskonvention, auch mit dem Ziele einer Rüstungsbegrenzung oder Einschränkung bereit ist, allerdings immer unter der Voraussetzung, daß alle Staaten von ihr in gleichem Umfange getroffen, mit dem Maßstab des gleichen Rechts gemeinlich werden und daß die individuelle Lage der einzelnen Länder dabei die gebührende Berücksichtigung findet.

Was den Ostpaktplan anbetrifft, so hat Deutschland keinen Willen zum Frieden auch nach Osten hin bereits zur Genüge bekundet. Der deutsch-polnische Freundschaftspakt darf als einer der wertvollsten Garantien dieses Ostfriedens gelten. In übrigen besteht noch immer der Berliner Vertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland, dessen friedensicherer Charakter nicht in Zweifel gezogen werden kann. Die Bedenken, die deutschseits — und übrigens ja nicht nur von Deutschland sondern auch von Polen — gegen den Ostpakt erhoben werden, richten sich vor allem gegen den Grundgedanken der „assistance mutuelle“, der in dem Barthou'schen Entwurf erhalten ist. Deutschland wünscht nicht in Streitigkeiten hineingezogen zu werden, die uns nichts angehen. Das wäre aber die automatische Folge von Abmachungen, wie sie in dem vorliegenden Plan konzipiert sind. Im übrigen ist Deutschland auch nicht damit einverstanden, daß als Garantien des Ostpaktes Staaten eingeschaltet werden sollen, die territorial am Problem des Ostfriedens gar nicht interessiert sind. Diese Erweiterung bringt für die Befriedung Osteuropas neue Gefahren mit sich. Recht treffend hat schon am 1. Februar der polnische Außenminister Beck im Auswärtigen Ausschuss des Sejm den zweifelhafte und untragbaren Charakter des Ostpaktplanes gekennzeichnet. Er sagte damals, dieser Vertrag sei eigentlich weder als Locarno, noch als St. Germain zu bezeichnen. Das Wesen der Locarno-Verträge bilde die Garantie Englands und Italiens für eine bestimmte Grenze. Und dieses Merkmal fehle dem jetzigen Projekt. Es sei auch kein Ostpakt, da die Ostfragen nur teilweise und ungenügend berührt werden.

Das dritte Thema des Londoner Communiqués ist der Donaupakt, der angeblich eine Garantie gegen die Einmischung in die inneren Verhältnisse Oesterreichs darstellen soll. Die Frage der Regelung der politischen Beziehungen im Donaubecken ist eine Angelegenheit für sich, an der mitwirkend Deutschland nie abgelehnt hat. Es liegen namentlich für die wirtschaftliche Seite dieser Angelegenheit aus früherer Zeit noch recht fruchtbare deutsche Vorschläge vor. Dem Donaupakt gegenüber ist vor allem einzuwenden, daß er nicht als ein Instrument mißbraucht werden darf, um die Entwicklung der natürlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland zu verhindern oder zu stören, wie sie heute in Oesterreich bestehen, zu verewigen. Und es muß vor allem Vorkehrung dafür getroffen werden, daß auf der Grundlage des Paktes andere Mächte keine Vorwände suchen, um sich in die inneren Verhältnisse Oesterreichs ein-

zumischen und so ganz bestimmt die wirkliche Unabhängigkeit dieses Staates zu gefährden.

Daß Deutschland zur Beteiligung an dem im Londoner Communiqué vorgeschlagenen Luft-Locarno bereit ist, ist bereits in der ersten Erklärung, die die deutsche Regierung auf die Mitteilung des Protokolls vom 3. Februar hin erteilte, zum Ausdruck gebracht worden.

Schließlich bleibt als letztes Problem das des Völkerverbundes. Die Gründe, die Deutschland am 14. Oktober 1933 veranlaßten, keinen Austritt zu erklären, sind dokumentarisch festgelegt und bekannt. Für eine Rückkehr in das Genfer Gremium müssen wir, heute wie damals, Berücksichtigung der Notwendigkeit der staatlichen und nationalen Sicherheit des Reiches und die Respektierung seiner öf-

fen Gleichberechtigung auf allen Gebieten verlangen. Erst dann wird der Völkerverbund, der heute zu leicht für die politischen Sonderziele bestimmter Gruppen mißbraucht werden kann, für uns wieder ein aktuelles Problem werden.

Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß die englischen Staatsmänner gegenüber der eingehenden Darlegung des deutschen Standpunktes in allen diesen Fragen nicht imstande sein sollten, ihm Verständnis entgegenzubringen. Da am guten Willen Englands zum Frieden kein Zweifel möglich ist, bedarf es tatsächlich nur dieses Verstehens, um zu einer Lösung all der Probleme zu kommen, die nur unter der Perspektive mangelnden Verständnisses Konfliktstoffe bergen.

Abschluß der deutsch-englischen Besprechungen

Die Unterhaltungen fanden in offener und freundschaftlicher Form statt

Berlin, 26. März. Am Dienstag um 10.15 Uhr vormittags wurden in der Reichskanzlei die Besprechungen mit den englischen Regierungsvertretern im gleichen Kreise wieder aufgenommen und fortgesetzt.

In der Wilhelmstraße — Die Mittagspause

Berlin, 26. März. Vor der Reichskanzlei und dem Propagandaministerium hatte sich im Laufe des Dienstag vormittags eine große Menschenmenge angesammelt, um soweit wie möglich wenigstens das äußere Geschehen jener historischen Stunden mitzuerleben zu können. Alltägliche Vorgänge wie das Einrücken eines SS-Sturmes der Leibwache in die Reichskanzlei oder das Ablösen der Reichswachtwache gewannen bei den Wartenden unter diesen Umständen besondere Bedeutung und boten willkommenen Anlaß zu lebhaften Gesprächen. Als gegen 12.45 Uhr Dr. Göbbels vom Propagandaministerium aus im Auto durch die Wilhelmstraße fuhr, wurde er mit Heilrufen begrüßt.

Kurz vor 1.30 Uhr beim Erscheinen der englischen Minister im Vorgarten der Reichskanzlei ging eine Bewegung durch die Menge. Die inzwischen angetretene Ehrenkompanie präzentierte und während sich die Hände der Tausende zum Hitler-Gruß emporkreuzten, führten die englischen Gäste in zwei Kraftwagen zu ihrer Botschaft, wo die Konferenzteilnehmer das Mittagessen gemeinschaftlich einnahmen. Auch vor der Botschaft hatten sich inzwischen größere Menschenmassen eingefunden, von der die zum Lunch eintreffenden deutschen Minister und andere bekannte politische Persönlichkeiten immer wieder mit begeisterten Heilrufen empfangen wurden. Als bald nach 1.30 Uhr als letzter der Wagen des Führers anrollte, wollten die Nationen kein Ende nehmen und die Polizei hatte Mühe, die Menge zurückzuführen. Während der Mittagszeit blieb die englische Botschaft in großem Umkreis dicht von Menschen umlagert, die der Abfahrt der Mitglieder des Reichskabinetts und der englischen Minister beiwohnen wollten.

Kurz vor 3 Uhr erschien dann, jubelnd empfangen, als erster der Führer. Unter stürmischen Heilrufen der Menge fuhr der Führer in die Reichskanzlei zurück.

Der Abschluß der Berliner Besprechungen

Berlin, 26. März. Die deutsch-englischen Besprechungen zwischen dem englischen Außenminister Simon, dem Lordsegelbewahrer Mr. Anthony Eden, dem Führer und Reichskanzler und dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, die in Gegenwart des britischen Botschafters, Sir Eric Phipps und des Beauftragten für Ab-rüstungsfragen, Herrn von Ribbentrop, während der letzten zwei Tage stattfanden, wurden Dienstag abend abgeschlossen. Die behandelten Fragen waren diejenigen, welche im Londoner Communiqué vom 3. Februar aufgeführt worden sind. Die Unterhaltungen fanden in offener und freundschaftlicher Form statt und haben zu einer vollständigen Klärung der beiderseitigen Auffassungen geführt. Es wurde festgestellt, daß beide Regierungen mit ihrer Politik das Ziel verfolgen, den Frieden Europas durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit zu sichern und zu festigen. Die englischen und deutschen Minister sind von der Richtigkeit der direkten Aussprache, die solchen stattgefunden hat, durchdrungen.

Sir John Simon wird Mittwoch auf dem Luftwege von Berlin nach London zurückkehren. Mister Eden wird planmäßig nach Moskau, Warschau und Prag weiterreisen.

Reuter über das Wesen der Berliner Besprechungen

London, 26. März. Wie Reuter aus Berlin berichtet, seien im Verlauf der deutsch-englischen Besprechungen Abweichungen in der Auffassung offenbar geworden; doch ge-

rade aus dem Grunde seien, wie man erkläre, direkte Verhandlungen wünschenswert, um solche Abweichungen aufzuklären.

Die Besuche Edens in Moskau und Warschau würden unter demselben Gesichtswinkel angesehen, wie der Berliner Besuch, nämlich als Besuche zu Informationszwecken. Man sei nicht der Ansicht, daß die Dinge bezüglich der europäischen Lage vor der Konferenz von Streja feste Form annehmen könnten.

Die amtlichen deutschen Kreise seien von dem Berliner Besuch ebenso befriedigt wie die britischen Kreise.

Französische Störungsmärsche

Pariser Pressestimmen zu den deutsch-englischen Verhandlungen. Paris, 26. März. Die Pariser Presse, die die deutsch-englischen Besprechungen aufmerksam verfolgt, hat von Beginn an eine ausgesprochen tendenziöse Haltung angenommen, die darauf hinausgeht, jede Möglichkeit einer Verständigung zu hintertreiben und eine Atmosphäre des Pessimismus zu erhalten. Obgleich die Blätter zugeben müssen, daß dieser Pessimismus selbst in englischen Kreisen Berlins nicht geteilt wird, versuchen sie, die Lage zu entstellen.

Der Außenpolitiker der „Liberté“, Jacques Bainville, versucht gar nicht erst, auf den Grund der Dinge zu gehen, sondern erklärt einfach, die politischen Absichten Deutschlands seien klar auf der Hand und es sei unnütz gewesen, nach Berlin zu gehen, um sich dessen zu vergewissern. Ähnlich verhält sich auch der „Intransigeant“, der England ein Doppelspiel vorwirft. Die Stunde sei gekommen, wo die englische Regierung endlich einmal eindeutig Stellung nehmen müsse. Wenn Sir John Simon nach Berlin gegangen sei, um ein Kompromiß zu suchen, so müsse man ihm schon jetzt erklären, daß Frankreich sich damit nicht abfinden werde. Es genüge, Deutschland mitzuteilen, daß England, Frankreich, Italien und Sowjetrußland sich weigerten, ohne Gegenleistung auf dem Gebiet der „Sicherheit“ die deutsche Auffassung anzuerkennen.

Der Berliner Sonderberichterstatter des „Intransigeant“ dagegen will aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, daß der Führer auf Sir John Simon einen guten Eindruck gemacht habe. Der englische Außenminister habe in seiner Umgebung erklärt, der Reichskanzler sei ein Mann, der den Eindruck der Aufrichtigkeit mache.

Eden nach Moskau abgereist

Berlin, 27. März. Lordsegelbewahrer Eden ist Dienstag 23.35 Uhr mit dem fahrplanmäßigen D-Zug vom Bahnhof Friedrichstraße nach Moskau abgereist. Von deutscher Seite hatten sich zu seiner Verabschiedung auf dem Bahnhof Staatssekretär v. Bülow, Ministerialdirektor Dyckhoff, der Chef des Protokolls Graf Bassowik und Ministerialdirektor Ritter eingefunden. Ferner sah man mehrere Mitglieder der englischen Botschaft, an der Spitze Botschaftsrat Remton.

Frankreich sperrt Ausfuhr

kriegswichtiger Rohstoffe

Paris, 26. März. Außenminister Laval hat dem Ministerrat einen Überblick über die außenpolitische Lage gegeben. In der kurzen amtlichen Mitteilung über die Beratungen des Ministerrats wird darüber hinaus zu diesem Thema nichts mitgeteilt. Es verlautet, daß am Dienstag abend eine endgültige Entscheidung über den Zeitpunkt der Lavalreise nach Moskau bekanntgegeben werden wird. Sie findet jedenfalls in der zweiten Aprilhälfte, also nach der Tagung des Völkerverbundes statt.

Der Ministerrat hat auf Vorschlag des Handelsministers eine Verordnung gebilligt, die vorübergehend die Ausfuhr von gewissen für die Landesverteidigung wichtigen Rohstoffen untersagt. Bisher ist nicht bekannt, welche Rohstoffe damit gemeint sind.



Schreckensurteile in Romno

Vier Todesurteile

Romno, 26. März. Am Dienstag vormittag wurde unter großer Spannung das Urteil des Romnoer Kriegsgerichts verkündet. Der Vorsitzende gab bekannt, daß Emil Boll, Walter Frick, Heinrich Wassnagel und Emil Pepsa zum Tode verurteilt worden sind. Es handelt sich hier um die Angeklagten des sogenannten Hemmordes der Jesuitengruppe.

Die beiden Wollat, Johann und Ernst Wollat, wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Der Führer der Sonog, Dr. Keumann und Bertuleit, erhielten je zwölf Jahre Zuchthaus. Die Angeklagten Krawka, Ernst Rademacher, Brokopf, Kiegel, Hoaf, Frau, Lappiens, Schelschewitz erhielten je zehn Jahre Zuchthaus. Der Führer der christlich-sozialen Volksgemeinschaft, Freiherr von Soh, Baron Kopp, Rehberg, Grotenberg und acht andere Angeklagte wurden zu je acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei den bisher Verurteilten wird das gesamte Vermögen beschlagnahmt.

Von den weiteren Angeklagten wurden Dreßler, Preißhans und Dr. Herbert Boettcher ebenfalls zu je acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Zuchthausstrafen von anderthalb bis zu sechs Jahren. Lediglich die beiden Spittel und Kronjungen Molinus und Kabbutat erhielten anderthalb Jahre Zuchthaus die in Gefängnisstrafen umgewandelt wurden. Gleichzeitig verkündete das Gericht, daß es für diese beiden ein Ehadengesetz beim Staatspräsidenten einleihen würde.

Es ist bezeichnend für die Methode der Urteilsfindung, daß gerade diese beiden, obwohl Molinus Geschäftsführer der Sonog war, und mithin eine führende Rolle spielte, von dem Gericht in dieser Weise behandelt werden. Nur ganz wenige Angeklagte, bei denen es sich in der Hauptsache um Namensverwechslungen handelt, also um solche Männer, die überhaupt gar nicht auf die Anklagebank gehörten, oder um junge Leute von 16 und 17 Jahren, wurden freigesprochen. Die Angeklagten sagten das Urteil ohne jede große Bewegung und sehr ruhig hin. Man hatte allgemein den Eindruck, daß dieses entsetzliche Urteil von niemandem erwartet worden war.

Großes Aufsehen der Romnoer Bluturteile

London, 26. März. Die Bluturteile des litauischen Kriegsgerichts gegen die memelländischen Deutschen erregen in London ganz beträchtliches Aufsehen. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß diese neueste litauische Gewalttat nicht ohne politische Rücksichtungen bleiben dürfte.

Die Mittagsausgaben der Abendblätter veröffentlichten spaltenlange Berichte über die Vorgeschichte des Prozesses, wobei „Evening News“ auf die vielen Hindernisse hinweist, die die litauischen Behörden dem englischen Rechtsanwalt Lawrence in den Weg gelegt haben, als er sich nach Memel begeben wollte, um unparteiischer Zeuge des Prozesses zu sein. Das Blatt erinnert weiter daran, daß ein anderer britischer Anwalt, Norris, einen Ausweisungsbefehl erhalten habe, da er die Angeklagten habe verteidigen wollen. Im übrigen hebt die „Evening News“ erneut den überwiegend deutschen Charakter des Memelgebietes hervor. „Evening Standard“ spricht in der Ueberschrift von einem „Schand“ von politischer Bedeutung. Er nennt das Memelgebiet einen der Gefahrenpunkte Europas und weist auf die tiefe innere Anteilnahme der gesamten deutschen Öffentlichkeit an dem Schicksal der Stammesangehörigen in diesem Gebiet hin.

Schlusstein im Handwerksaufbau

Sachliche Gliederung erfolgt

Berlin, 26. März. Der Reichsstand des Deutschen Handwerks teilt mit, daß der Reichswirtschaftsminister durch eine Anordnung über die bezirksliche und sachliche Gliederung der Reichsgruppe Handwerk den Schlusstein auf den vorläufigen Aufbau des Deutschen Handwerks gesetzt habe. Das Handwerk habe nun auch in sachlicher Beziehung eine klare, nach dem Führergrundsatz gealtete, leistungsfähige Organisation. Zunächst hatte das Deutsche Handwerk die bereits vorhandene Gliederung erhalten, die vom Reichshandwerkemeister über die Landeshandwerkemeister bis hinunter zu den 18 000 Handwerker-Jungen reicht. Neu zu ordnen sei aber noch die sachliche Gliederung der einzelnen Handwerkerberufe, der Bäcker, Maler, Schneider usw. gemein. Hier habe es von früher her noch eine große Verwirrung in sachlicher und privatrechtlicher Organisationsformen mit schwer übersehbarer Finanzgebarung gegeben. Eine einheitliche Berufspolitik sei vielsach durch die Eigenwilligkeit bezirkslicher Stellen gehemmt gewesen. Die nun erfolgte Neuordnung räumt mit diesen Unvollkommenheiten auf. Die Führer der einzelnen Handwerkszweige führen künftig die Bezeichnung Reichsinnungsgemeister, während ihre Organisationen als Reichsinnungsbände zu wirken hätten. Die Reichsinnungsgemeister unterstehen unmittelbar dem Reichshandwerkemeister. Dem Reichsinnungsgemeister leiten die Landesinnungsgemeister, dem Landesinnungsgemeister die Handwerker-Jungen unmittelbar unterstellt. Landesinnungsbände mit eigener Rechtspersönlichkeit am gebe es nicht mehr. Der Zusammenschluß mehrerer Reichsinnungsbände sei möglich, ebenso die Bildung von Untergruppen. Durch Zusammenfassung der Handwerksbetriebe an der Spitze der bezirkslichen Unterabteilungen der Reichsinnungsbände und die einheitliche Beitragsgestaltung ermöglicht. Die Zahl der Unterabteilungen werde von über 70 auf etwa 45 vermindert.

Der Reichswehrminister besucht Schlessen

Berlin, 26. März. Der Reichswehrminister, Generaloberst von Blomberg, begibt sich am 27. März auf eine dreitägige Besichtigungstour nach Schlessen und Oberschlessen, wo er u. a. die Standorte Görlitz, Hirschberg, Glogau, Breslau, Ohlau, Brieg, Oppeln und die Städte Deutsch und Gleiwitz besuchen wird. Dabei ist die Besichtigung sächsischer Truppenteile sowie verschiedener Industriewerke in Aussicht genommen.

„Billige“ Wurst in der Sowjetunion

Moskau, 26. März. Das Volkskommissariat für Ernährung veröffentlicht eine Preisliste für Wurstzeugnisse in der Sowjetunion. Danach kostet ein Kilogramm Wiener Würstchen 28 RM, Schmalz 24 RM, 1 Kilogramm Schinken 48 RM, 1 Kilogramm Gänsedruck 38 RM. Es handelt sich hierbei um amtliche Preise. Auf dem Privatmarkt werden diese Waren noch höher gehandelt.

Eintritt der gewerbl. Wirtschaft in die DNZ.

Wichtige Erklärungen Dr. Schacht - Aufrufe Dr. Lenz - Ein Erlaß des Führers

Leipzig, 26. März. Auf der Tagung der Deutschen Arbeitsfront hielt der Reichsbankpräsident und derzeitige Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht eine Rede, in der er u. a. ausführte: Es war eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Neuaufbau, daß die Klassentampfororganisationen — die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände — verschwinden mußten. An ihre Stelle ist das große Organisationsgebäude der Deutschen Arbeitsfront und die Organisation der gewerblichen Wirtschaft getreten. Sie sind nicht Kampfororganisationen gegeneinander, sondern Erziehungsorganisationen füreinander. An die Stelle des Kampfes gegeneinander ist die aufbauende Gemeinschaftsarbeit mit dem Ziele sozialer Gerechtigkeit getreten. Die Erziehung des arbeitenden und wirtschaftenden Menschen zum Geiste des Nationalsozialismus ist die Grundlage dieser Gemeinschaftsarbeit. Es ist nur natürlich, daß bei der Deutschen Arbeitsfront der Schwerpunkt auf dem Gebiete der Wirtschaft der Schwerpunkt auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik liegt. Würden diese beiden Organisationen lediglich nebeneinander bestehen bleiben, so könnte sich aus der einseitigen Behandlung dieser Frage nur zu leicht ein neuer Gegenstand gestalten. Dieser Gegenstand muß unter allen Umständen vermieden werden. Ich brauche vor Ihnen, meine Arbeitskameraden, nicht zu betonen, daß sozialpolitische Forderungen ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht befriedigt werden können und daß umgekehrt die wirtschaftlichen Forderungen ohne gebührende Rücksicht auf die sozialpolitischen Belange keine gebührende Verwirklichung finden können. Aus diesem Grunde habe ich mit Billigung des Führers dem Leiter der DNZ, den Vorschlag gemacht, ein enges Zusammenarbeiten zwischen der Deutschen Arbeitsfront und der Organisation der gewerblichen Wirtschaft dadurch herbeizuführen, daß die Organisation der gewerblichen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit in die DNZ eintritt. Der Reichsarbeitsminister und der Leiter der Reichswirtschaftskammer haben sich diesem Vorschlage angeschlossen. Der Leiter der DNZ, hat diese Anregung aus vollem Herzen aufgegriffen, und wir sind in eingehendsten Beratungen zu einer Vereinbarung gelangt.

Der Beirat der Reichswirtschaftskammer tritt durch Einberufung durch den Präsidenten der Reichswirtschaftskammer und den Leiter der DNZ, mit dem Reichsarbeitsrat, der aus den Leitern der Reichsbetriebsgemeinschaften und der Bezirksräte (nach der Reichsreform: den Reichsraumleitern der DNZ) gebildet wird, zu dem Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsrat zusammen. Hauptaufgabe des Reichsarbeits- und Wirtschaftsrates ist vor allem die Ausprache über gemeinsame wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen, die Herstellung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Gliederungen der DNZ, und die Entgegennahme von Kundenfragen der Regierung, wie auch der Leitung der DNZ. Die Geschäftsstelle der Reichswirtschaftskammer wird zugleich das Wirtschaftsamt für die DNZ, das dem Reichswirtschaftsminister untersteht. In den Bezirken tritt entsprechend dem Vorbild in der Reichsgruppe der DNZ, der Beirat der Wirtschaftskammer mit dem Bezirksarbeitsrat der DNZ, zu dem Bezirksarbeits- und Wirtschaftsrat zusammen.

a) In allen Organen und Gliederungen der Deutschen Arbeitsfront sowohl sachlicher, wie gebietlicher Art sind Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder in möglichst gleicher Zahl an der Führung und Beratung zu beteiligen für ihre Berufung ist die Mitgliedschaft zur Deutschen Arbeitsfront Voraussetzung. Bei der Auswahl der Betriebsführer ist darauf Bedacht zu nehmen, daß nach Möglichkeit solche Betriebsführer beteiligt werden, die gleichzeitig in den sachlichen und gebietlichen Gliederungen der auf Grund des Gesetzes vom 27. Februar 1934 gebildeten Organisationen der gewerblichen Wirtschaft mitwirken. Hierbei soll grundsätzlich bei allen Gliederungen der DNZ zum Stellvertreter des Leiters einer Gliederung ein Betriebsführer bestellt werden, sofern der Leiter nicht selbst ein Betriebsführer ist.

b) In den einzelnen sachlichen und gebietlichen Gliederungen der DNZ berufen die Leiter dieser Gliederungen in geeigneten Zeitabständen Versammlungen der zu ihnen gehörigen Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder bzw. der Betriebsführer und ihrer Vertrauensmänner ein. Den Gefolgschaftsmitgliedern und Betriebsführern ist Gelegenheit zu einer Ausprache über den vorgetragenen Gegenstand zu geben.

Aufrufe Dr. Lenz

Männer und Frauen der Deutschen Arbeitsfront! Mit der großen Kundgebung in Leipzig ist die gewerbliche Wirtschaft unter der Führung des Reichswirtschaftsministers Dr. Schacht in die Arbeitsfront eingegliedert worden. Der Führer hat durch seine Kundgebung diesen Schritt nicht nur gebilligt, sondern freudig bejaht. Damit ist ein weiterer eminent wichtiger Schritt in der Ordnung der Sozial- und Wirtschaftspolitik getan worden.

Immer wieder veruchten die Feinde des neuen Deutschland sowohl im Innern wie auch außen aus dem Vorhandensein als zwei getrennte Organe einen Zwiespalt zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer konstruieren zu können. Noch zuletzt schrieben die „Baseler Nachrichten“, daß die Arbeitsfront als die Vertreterin der Arbeitnehmer und die gewerbliche Wirtschaft als die Vertreterin der Unternehmer anzusehen sei und daß der Klassenkampf zwischen beiden in genau derselben Weise wie früher zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden weiterginge. Wenn dem auch nicht so war, so ist es gut, daß auch der Schein nicht mehr vorhanden ist. Sicher ist, daß bei dem Nebeneinanderstehen beider Organisationen in späteren Zeiten etwas Ähnliches wie der Klassenkampf vergangener Zeiten hätte kommen können. Dem ist nun endgültig abgeholfen. Deutschland befindet sich in der Gemeinschaft über alles Recht und daß innerhalb dieser Gemeinschaft die berechtigten Interessen aller gerecht vertreten werden sollen. Damit dürfte der soziale Aufbau des neuen Deutschland zu einem gewissen Abschluß gekommen sein. Drei Ergebnisse sind es, die dieser Kundgebung zugrunde liegen.

1. Wirtschaft und Sozialpolitik gehen zusammen. Man kann nicht eines ohne das andere tun.

2. Man gibt dem Volke eine auf sozialpolitischen Gebiete größtmögliche Selbstverwaltung, aus der Erkenntnis, daß das, was sich unter den Menschen ordnen läßt, von diesen Menschen selber geordnet werden soll und daß der Staat nur dann einschreitet, wenn eine Einigung unter den Menschen nicht zustande kommt. Der Staat lehnt es ab, die Stimme für jedes und alles zu sein.

3. Damit bekennt der Staat, daß er der höchste Richter auch auf diesem Gebiete sein will. Daß er keiner einzelnen Klasse dient, sondern darüber wacht, daß die Gerechtigkeit in allem walte. Und Recht ist das, was dem Volke nützt!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wenn die Arbeitsfront heute mit vielen großen Aufgaben betraut wird, und wenn in ihr auch jetzt die Wirtschaft ihren Platz gefunden hat, so ist das ein Beweis für die Richtigkeit unseres Handelns und Wirkens. Und auch ein Beweis dafür, daß die Männer, die die hohen Pflichten in der Arbeitsfront auf sich genommen haben, für ihre Aufgaben reif geworden sind.

Wenn man bedenkt, daß erst am 2. Mai ds. Js. sich die Uebernahme der Gewerkschaften zum zweiten Male führt, so ist der Erfolg ein ungebuerlicher! Das alles ist stetig gewachsen. Gewiß, das Tempo war manchmal ein nahezu unahbares. Jedoch können wir auch hier wieder feststellen, daß, wenn der Weg richtig angetreten wird, sich alles daraus zwangsläufig ergeben muß. Man meistert die Aufgaben spielend, und alle die, die der Arbeitsfront nicht wohl gegenüberstanden, und ihren baldigen Tod wünschten, werden heute erkennen, daß der Erfolg in dieser Zeit ein außerordentlicher war.

Deutsche Schaffende!

Mit diesem letzten Bewußtsein ist das Gebäude der Deutschen Arbeitsfront nach außen fertiggestellt. Es ist der organische Aufbau der deutschen Wirtschaft. Wir wollen aber nicht erlindern, dieses einzigartig in der Welt dastehende Gebilde mit dem Geist des wahren Sozialismus der nationalsozialistischen Gemeinschaft zu erfüllen und alle Menschen so zu ordnen, daß sie zur höchsten Leistung im Interesse und zum Wohle des Volkes befähigt sind!

Wir danken allen, die uns daran mitgeholfen haben; vor allem aber dem Reichswirtschaftsminister, Herrn Präsidenten Dr. Schacht, dessen Einsicht diesen letzten großen Schritt möglich gemacht hat. Wir beginnen damit einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der Deutschen Arbeitsfront und ich verlange von allen meinen Mitarbeitern als äußeres Zeichen unserer Dankbarkeit für diesen Erfolg, Pünktlichkeit, Opferbereitschaft und Hingabe an das große Werk!

Vorwärts für Hitler und Deutschland!

Dr. Robert Ley.

Erlaß des Führers

Der Nationalsozialismus hat den Klassenkampf beseitigt. Die Kampfororganisationen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände sind verschwunden. An die Stelle des Klassenkampfes ist die Volksgemeinschaft getreten. In der Deutschen Arbeitsfront findet diese Volksgemeinschaft ihren sichtbaren Ausdruck durch den Zusammenschluß aller schaffenden Menschen. Organisationen innerhalb der deutschen Volkswirtschaft sind notwendig, aber sie sollen nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten. Ich begreife und billige daher die Absicht des Reichswirtschaftsministers, die von ihm durch Geleß vom 27. Februar und Ausführungsverordnung vom 27. November 1934 geschaffene Organisation der gewerblichen Wirtschaft als korporatives Mitglied in die Deutsche Arbeitsfront einzugliedern. Die von ihm gemeinsam mit dem Reichsarbeitsminister und dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront am heutigen Tage getroffene Vereinbarung über eine einheitliche Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher und sozialpolitischem Gebiet wird hierdurch von mir bekräftigt.

Die Grundlagen der neuen sozialen Selbstverwaltung aller schaffenden Deutschen erhalten nach der Errichtung der Deutschen Arbeitsfront

nach dem Erlaß des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit und

nach der Organisation der gewerblichen Wirtschaft unnehm mit der neuen Vereinbarung ihren Abschluß. Die Vereinbarung bringt kein Gewicht, sondern verpflichtet zu höchster Leistung. Sie stellt den Willen zur Gemeinschaftsarbeit an ihre Spitze. Dieser Wille muß sich bis in die untersten Organe unseres gesamten Arbeits- und Wirtschaftsförpers durchziehen. Ich weiß, daß jeder deutsche Volksgenosse das Vertrauen, das ich mit diesem neuen Werke in ihn lege, erfüllen wird.

Der Führer und Reichshandler.

Eine Anordnung Dr. Lenz

Leipzig, 26. März. Der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, hat folgende Anordnung erlassen: Die Durchführung der Vereinbarung Dr. Ley — Dr. Schacht — Seidte vom 26. März ist dem Leiter des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront Pg. Hauptamtsleiter Claus Selzner übertragen worden. Es ist allen anderen Dienststellen der DNZ verboten, irgend eine Maßnahme organisatorischer oder personeller Art von sich aus zu treffen. Bezüglich der Einrichtung der Arbeitsauschüsse wird die Durchführung der Vereinbarung nach Richtlinien erfolgen, die von Pg. Selzner gemeinsam mit Amtsleiter Pg. Dr. Pohl aufgestellt werden.

Gröfning der Reichstagung der Arbeitsfront

Dr. Ley über die Erfolge der Urlaubersfahrt

Leipzig, 26. März. Die erste Reichstagung der Deutschen Arbeitsfront, die in diesen Tagen weit über 5000 DNZ-Mitglieder in der alten Traditionshalle der deutschen Arbeiterbewegung zu einer gewaltigen Befestigung der Leitungen der Deutschen Arbeitsfront vereint, wurde, nachdem am Vorabend Appelle der



Jede Hauptgruppe abgehalten worden waren, am Dienstag in der zur Kongreßhalle umgebaute Halle 20 der Technischen und Baumeister feierlich eröffnet. Gauleiter Reichsanhaltler Kutschmann begrüßte die Deutsche Arbeitsfront auf dem historischen Boden Leipzig. Sodann nahm Kutschmann begrüßt, der Reichsorganisationsleiter und Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Veg das Wort. Er ging zunächst auf das Wollen und die Ziele der Deutschen Arbeitsfront ein. Die Urlaubsfahrt nach Madetta ist, so fuhr Dr. Veg fort, das beste Beispiel für unseren Erfolg. Sie hat gezeigt, daß ein neuer sozialer Geist in unsere Fabriken und Kontore eingezogen ist. Gerade im Hinblick auf die weltanschauliche Erziehung hat die Urlaubsfahrt ungeheuren Erfolg gehabt. Innenpolitisch sind diese 3000 Menschen monatliche Apokalypse Hilters geworden. Es war ein äußerst gefährliches Experiment, diese Menschen, die zum größten Teil ihren Heimatort niemals verlassen hatten, auf eine Weltreise zu schicken. Ich behaupte, kein anderes Volk der Erde konnte das wagen als das deutsche Volk. (Stürmischer Beifall.) Kapitän Wagner von der „St. Louis“ sagte mir: „Ich fahre schon 44 Jahre zur See, habe Menschen aller Nationen, aller Schichten geführt, Könige und Kaiser. Ich habe noch niemals eine derartig disziplinierte Gemeinschaft an Bord gehabt wie jetzt.“ Nicht etwa, als ob es diese Menschen sich nicht getrauten, freihlich zu sein. Im Gegenteil, es ist noch niemals so viel getan worden und hat noch niemals so viel Freunde geerdert wie hier. Nein, es ist bereits gelungen, den Arbeiter aus dem Gefühl des Proletariats herauszuheben zu dem Gefühl, deutscher Arbeiter zu sein. (Stürmischer Beifall.) Außenpolitisch ist der Erfolg nicht minder groß. Ähnliche Kreise in Portugal hatten eine ungeheure Hege gegen uns betrieben. So war auch der Empfang kühl. Aber nach kaum ein paar Stunden öffneten sich die Herzen und wir gollten als gern gesehene Gäste. Dr. Veg gedachte sodann im Zusammenhang mit dem Zusammenreffen mit dem stolzen Panzerkreuzer „Deutschland“ des Führers. Er habe dem portugiesischen Minister, der ihn fragte, was die Welt zur Erklärung des Führers sagen werde, geantwortet: Die Welt wird sich daran gewöhnen müssen (stürmischer Beifall), ja, sie wird sich daran gewöhnen müssen, es mit einem neuen Deutschland zu tun zu haben, nicht einem Deutschland der Ueberheblichkeit und einem Deutschland der Knechtlichkeit, sondern mit einem Deutschland voll innerer Kraft und voll Stolz. Unter immer wieder erneuertem Beifall brachte Dr. Veg zum Schluß ein begeistert aufgenommenes dreifaches Siegeslied auf Adolf Hitler, unser Deutschland und unsere Freiheit aus.

Durchführung der Gemeindeordnung

Berlin, 26. März. Die vom Reichsinnenminister Dr. Frick erlassene erste Durchführungsvorschrift zur Deutschen Gemeindeordnung, die am 1. April 1935 in Kraft tritt enthält, wie das RdJ. meldet, eine Reihe wichtiger Vorschriften. So wird bestimmt, daß Ortskollektoren, Teilgemeinden und ähnliche innerhalb einer Gemeinde bestehende Verbände oder Körperschaften gemeinderedlicher Art mit dem Inkrafttreten der Deutschen Gemeindeordnung aufgelöst werden. Ihr Rechtsnachfolger ist die Gemeinde.

Zusätzliche Bekanntmachungen haben in Gemeinden, die ein eigenes amtliches Verkündungsblatt besitzen, in denen oder in einer vom Bürgermeister für bestimmte Fälle bestimmten Tageszeitung zu erfolgen, in den übrigen Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern in einer vom Bürgermeister bestimmten Tageszeitung, in Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern nach näherer Bestimmung der Satzung in amtlicher Weise. Bis zum 30. Juni 1935 kann die bisherige Art der öffentlichen Bekanntmachung beibehalten werden.

Einwohner der Gemeinde ist nach der Durchführungsvorschrift, wer in ihr eine Wohnung unter Umständen hat, die darauf schließen lassen, daß er die Wohnung beibehalten und benutzen wird. Der Begriff des Bürgers wird in der neuen Fassung dahin geklärt, daß Bürger der Gemeinde „bis zum Ende eines deutschen Staatsbürgergesetzes“ jeder deutsche Staatsangehörige ist, der die übrigen Voraussetzungen des Paragraphen 15 der Gemeindeordnung erfüllt, also deutscher Staatsbürger ist, das 25. Lebensjahr vollendet hat, seit mindestens einem Jahre in der Gemeinde wohnt und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt. Das Bürgerrecht der Soldaten ruht.

Weiter bestimmt der Minister, daß die Gemeinderäte einmalig spätestens bis zum 1. Oktober 1935 zu bestellen und zu ernennen sind, ebenso die Beiräte. Schließlich sei noch hervorgehoben, daß in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden die bisher zuständigen obersten Landesbehörden bis auf weiteres die Aufgaben der obersten Aufsichtsbehörde der Gemeinden wahrzunehmen haben. Sie sind aber an die Befehle des Reichsministers des Innern gebunden.

Die Massenarbeitslosen in Leningrad

Moskau, 26. März. Zu der Ausweisung von 1047 Personen aus Leningrad wegen „bürgerlicher Abstammung“ sind nun weitere Einzelheiten bekannt geworden. Ein Teil der Ausgewiesenen wurde auf Veranlassung des Bundeskommissariats des Innern (OSVU.) nach Mittelrussien und zwar nach Tscheljabinsk und Samarkand, verbannt. Viele Ausgewiesene waren jahrelang im Sowjetdienst tätig und wurden sogar wegen ihrer Leistungen ausgezeichnet. Bei den Ausweisungen ging man mit äußerster Brutalität vor. So wurden Frauen ohne Rücksicht auf Mann und Kinder verbannt, die in Leningrad überleben mußten. Unter den Ausgewiesenen befinden sich 200 Deutsche, die bereits vor dem Kriege nach Rußland eingewandert waren und den Hauptbestandteil der deutschstämmigen Kolonie in Leningrad bildeten. Die Ausweisungen wurden mit einer Rücksichtslosigkeit durchgeführt, wie sie in den letzten Jahren nicht mehr festgestellt wurde.

Baldwin gegen Einfuhrbeschränkungen

London, 26. März. Baldwin sprach in einer Rede bei einem Essen der Liverpooler Handelskammer die Erwartung aus, daß die englische Wirtschaftspolitik sich künftig immer stärker von den Einfuhrbeschränkungen weg und dem Zolltarifverfahren wenden werde. Die Erläuterungen hätten gelehrt, daß Einfuhrbeschränkungen dem eigenen Lande Schaden zufügen. Seiner Meinung nach wandle sich auch die Stimmung in den fremden Ländern und in den englischen Verhandlungen in der gleichen Richtung.

Gesetz über die Organisierung des Luftschutzes von der französischen Kammer angenommen

Paris, 26. März. Die französische Kammer verabschiedete am Montag mit 451 gegen 11 Stimmen den Gesetzesentwurf über die Organisierung der passiven Luftverteidigung, wonach der Staat 90 Prozent der Kosten für den Bau von bomben- und gasdichten Unterkünften trägt, während die Gemeinden sich mit 1 Prozent zu beteiligen haben. Ein sozialistischer Abgeordneter schätzte die Gesamtausgaben auf etwa 4 Milliarden Francs. Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses der Kammer wies in der Begründung zu dem neuen Gesetz auf die Maßnahmen hin, die in Sowjetrußland und Deutschland zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen Gasangriffe getroffen worden seien. Der ehemalige Luftfahrtminister Pierre Cot erklärte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Luftfahrt-Ausschusses, daß das Gesetz so schnell wie möglich verabschiedet werden müsse.

Die zweite Versuchsfahrt des „Graf Zeppelin“

Freiburg, 26. März. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute vormittag 8 Uhr zu einer mehrstündigen Versuchsfahrt über dem Bodenseegebiet und der Schweiz unter Führung von Kapitän Schiller aufgestiegen. An der Fahrt nahmen außer der Besatzung nur Angehörige der Zeppelinwerft teil, die an den Ergebnissen der vorzunehmenden Weg- und Weiteversuche interessiert sind.

Japan nicht mehr Mitglied des Völkerbundes

Tokio, 26. März. Das japanische Kabinett hat Kenntnis von einer Erklärung des Außenministers Hirota genommen, wonach mit dem heutigen Tage alle japanischen Verpflichtungen zum Völkerbunde gelöst sind. Ueber die künftigen Beziehungen Japans zum Internationalen Arbeitsamt liegen bis jetzt noch keine Beschlüsse der japanischen Regierung vor.

Aus Stadt und Land

Montag, den 27. März 1935.

Gegen Aufhebung der württembergischen Bezirksnotariate. Das württembergische Notariat ist in allen Zeiten ein vorzügliches Helfer zur Herbeiführung klarer Verhältnisse in Handel und Wandel gewesen und es hat namentlich in den Jahren nach der Inflation und der späteren Wirtschaftskrise in Württemberg zur Erhaltung der Verkehrs- und Kreditfähigkeit in wertvoller Weise beigetragen. Mit der Einführung der Bezirksnotariatsordnung in Württemberg würde eine Verlegung der bisher örtlichen Behörden der freiwilligen Gerichtsbarkeit an die Amtsgerichte oder zum mindesten an eine zentrale Behörde der freiwilligen Gerichtsbarkeit und damit eine Verzögerung und Verteilung der Rechtsgeschäfte und eine Zerstückelung der bisherigen lebendigen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen württembergischem Notariat und Volk eintreten. Das Notariat würde auf diese Weise entpersönlicht und bürokratisiert. Damit würden wertvolle, allgemein anerkannte Vorzüge der württembergischen Einrichtung endgültig verloren gehen. Das Notariat würde nicht nur verteuert werden, sondern es läme auch ein vorzügliches Bindeglied zwischen Behörde und Volk, nämlich der beratende, die privaten Verhältnisse seines Bezirks genau kennende Notar in bezug auf die Frage der Wirtschaft im Interesse der württembergischen Wirtschaft beim Reichsministerium der Justiz die Frage aufzuwerfen, ob nicht bei einer Ordnung der Rechtsverhältnisse auf diesem Gebiet die Bezirksnotariatsordnung eine in anderen Ländern nicht bestehende mühevoll erlangte Landesrechtliche Notariatsregelung, die vorzüglich geeignet sei, gerade aus rechtspolitischen Gründen unberührt lassen sollte.

Der Frühling kommt. Noch reden die Bäume ihre kalten Zweige empor, aber man braucht nur ein wenig sorgfamer hinzusehen, da bemerkt man bereits in den Knospen das Drängen. Voller Wind, laue Luft und lichte Sonne laden, und so ist es gar kein Wunder, wenn das ewig bereite Leben dem Ruhe folgt und sich hervorwagt, auch auf die Gefahr hin, noch einmal einen Frostschauer über sich ergehen lassen zu müssen. Die Saatsfelder dehnen sich weit, und mit dem grünen Blättern spielt der Wind. In der Ferne schwimmt blauer Duft, der doch nicht verhallt, sondern die Dinge nur weich umschmeichelt. Dort auf der Höhe leuchten die weißen Wände der dörflichen Siedlung, die sich an den dunklen Wald anschließt, und hier führt das breite Tal hinab in einen Weizengrund, der bereits das zarte Grün des Lenzes trägt, zaghaft noch, fast nur eine Andeutung, aber doch unverkennbar schon da. Dort hat man vor dem Hause eine ganze Reihe blühender Hyazinthen zum Schmuck bestellt; auch sie Frühlingsboten, doppelt gern willkommen geheißen, wenn sie nicht mehr hinter schühenden Fenstern gepflegt werden müssen. Und da haben sich Kinder zummmelgelesen zu frühlichem Spiel in der Sonne. Der Kreisel lurt, und die Peitsche knallt, wenn sie den Kreisel antreibt. Man verhält ein wenig den Schritt, wenn man an ihnen vorbeigeht, und dann dünnet man plötzlich den Mantel, der einem zu warm ist, nimmt den Hut ab und läßt den lauen Wind um die Schläfen wehen.

Beisitzwechsel. Das Wohnhaus des Steuerinspektors Müller hier ging in den Besitz der Familie Hub (Lohmüller) über.

Ueberberg, 27. März. (Jagdglück.) Einen prachtvollen Auerschahn, 10 Pfund schwer, schoß Georg Schleich jun. in Zumweiler.

Kreis Calw, 26. März. Der Kreisjägermeister des Oberamts Calw macht bekannt: Am Samstag, den 30. März 1935, nachm. 2 Uhr, findet im „Badischen Hof“ in

Calw eine Versammlung der Jägerschaft des Kreises Calw statt, zu der auch sämtliche Bürgermeister, besonders derjenigen Gemeinden, deren Jagd neu zur Verpachtung kommt, hienit eingeladen werden. Tagesordnung: 1. Ausführungsbestimmungen zum Reichsjagdgesetz; 2. Musterpachtverträge und Verträge über Abrundung und Angliederung von Jagden; 3. Einzelfragen der Jagdverpachtungen. Auf den Erlaß des Wirtschaftsministeriums (Reg.-Anz. Nr. 36 vom 23. 3. 1935), wonach bis zum 31. März 1935 freihändige Jagdverpachtungen an die bisherigen Pächter möglich sind, wird besonders hingewiesen. Die Musterpachtverträge sind nicht vor dem 27. März 1935 erhältlich.

Calw, 26. März. (Baumfrevler.) In der Nacht zum Montag sind die im letzten Frühjahr im Neubau der Hindenburgstraße in Calw angepflanzten jungen Straßenbäume fast durchweg von Fubenhänd durch Messerschnitte beschädigt worden. Bereits vergangenen Herbst hatte ein gemeiner Frevler einige der Stämmchen abgeknippt. Der Baumfrevler entspringt niederer Gesinnung und erweckt bei jedem anständigen Menschen Abscheu. Daß eine gehörige Strafe darauf steht, ist eine Selbstverständlichkeit.

Schramberg, 26. März. (Sprengungsal.) August Tessari-Tischner gräbt seit Wochen einen Brunnen in der Burgstraße. Bei den notwendig gewordenen Sprengarbeiten ist ein Schuß nicht losgegangen. Als Tessari die Ladung rüch anbohren wollte, ging der Schuß los, jedoch er schwer verriet wurde. Wahrscheinlich ist ein Auge verloren.

Schwabhausen, 26. März. (Brand gestekt.) Ein hiesiger junger Mann, der wegen sinnloser Betrunktheit vom Schulmann im hiesigen Arrestlokal freigelegt werden mußte, setzte beim Versuch, sich eine Zigarette anzuzünden, den Strohhalm seiner Bettstelle in Brand. Auf die Hilferufe wurde die Feuerwehr alarmiert, die den Unvorsichtigen knapp vor dem Tode des Ersticken rettete und den Brand in der Zelle löschen konnte.

Murrhardt, 26. März. (Blitzschlag.) Bei dem Gewitter am letzten Sonntag schlug der Blitz in das Schulhaus in Murrhardt. Ein furchtbarer Knall erfüllte das Haus. Der Blitz fuhr glücklicherweise an der Antenne und dem Blitzableiter herunter, so daß Hauptlehrer Holzhauser und Familie mit dem Schrecken davonkamen.

Laudenbach, 26. März. (Ueberfahren.) Als der Sohn des Bauern Karl Dehner mit seinem Gespann und einer Sämaschine nach Hause fuhr, fingen die Pferde an zu galoppieren. Dabei fiel das 15-jährige Mädchen des Dehner vom Wagen und geriet unter die Sämaschine, wobei es sich am Kopf und an den Beinen schwere Verletzungen zuzog.

Nördlingen, 26. März. (Ein Vermögen im Straßengraben.) Als am letzten Sonntag morgen der städtische Arbeiter Johann Brechenmacher zur Stadt ging, entdeckte er Ecke Adam- und Wöflingerstraße im Straßengraben ein herrenloses Rad und einen Mantel. Er brachte das Rad zur Polizei, wo man in einem Kufel eine Tasche fand mit einer Salamiwurst, einem halben Duzend Saitenwürsten und 3500 RM. in Silbergeld. Das Geld war für Lohnzwecke bestimmt, da sich Lohnungslisten dabei befanden. Der Verlierer sollte die Summe nach dem unteren Kies bringen, geriet aber an eine Starkbierquelle und landete schließlich im Straßengraben. Der Finder bekam ein Trinkgeld und der Verlierer eine gehörige Rade.

Kavensberg, 26. März. (Erdbeben.) Ein Erdbeben wurde am Montag morgen zwischen 9 und 10 Uhr an der äußeren Peripherie der Stadt wahrgenommen. Das Beben war zunächst leichter Natur, brachte aber nach wenigen Sekunden bedeutend heftigere Stöße, so daß Einrichtungsgegenstände in Wohnungen merklich in Bewegung gerieten.

Die Verechtigung der Ausbildung von Landwirtschaftelehrern und Jungbauern

Die Landesbauernschaft Württemberg teilt u. a. mit: Die Verechtigung zur Ausbildung von Landwirtschaftslehrlingen wird von folgenden Voraussetzungen abhängig gemacht: Der Lehrling muß hiesig wohnhaft sein und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen, mindestens fünf Jahre nach Abschluß seiner Lehrzeit in der Landwirtschaft praktisch tätig sein und den Betrieb mindestens seit einem Jahr selbst bewirtschaften. Die Genehmigung zur Ausbildung von Landwirtschaftslehrlingen wird nach den Grundsatzbestimmungen ab 1940 nur denjenigen Bauern und Landwirten erteilt, die selbst die landwirtschaftliche bzw. bäuerliche Weiterbildung betreiben und eine Fachschule besucht haben. Neben der Tätigkeit des Lehrherrn als Praktiker sind seine Eigenschaften als Mensch zu berücksichtigen. Ein geordneter Haushalt und ein vorbildliches Familienleben sind deshalb Voraussetzungen. Der Lehrherr muß weltanschaulich auf dem Boden des Nationalsozialismus stehen. Die Bauern, die Jungbauern (soll Bauernsöhne) zur Fortbildung annehmen, und für diesen Zweck anerkannt werden wollen, müssen ebenfalls den vorgenannten Bestimmungen entsprechen. Der Jungbauer ist in der Familie aufzunehmen. Die Anerkennung als Lehrherr erfolgt auf schriftlichen Antrag durch die Landesbauernschaft im Benehmen mit der zuständigen Kreisbauernschaft.

Große Rundgebung der schwäb. Techniker in Stuttgart

1. Sonntag der Technik

Unter der Führung von Generalinspektor Dr.-Ing. Todt wurde nun auch innerhalb der technischen Organisationen der seit langem geforderte Zusammenschluß vollzogen. Die technischen Organisationen marschieren nicht mehr getrennt, sondern arbeiten auf allen Gebieten tatkräftig zusammen.

Das Amt für Technik der NSDAP. im Gau Württemberg-Hohenlocher nimmt diesen nunmehr vollzogenen Zusammenschluß zum Anlaß, am Samstag, den 6. April 1935 in Verbindung mit dem Nationalsoz. Bund Deutscher Technik (NSDWT) und der Reichsgemeinschaft der technisch-wissenschaftlichen Arbeit (RTA.) einen 1. Sonntag der Technik durchzuführen. Zum erstenmal werden an diesem Tag alle schwäbischen Ingenieure, Architekten und Chemiker in Stuttgart zusammenkommen und in einzelnen Fachtagungen und einer gemeinsamen großen Rundgebung der Öffentlichkeit zeigen, daß neuer Sinn und neues Leben in die Technik gekommen sind, daß der Techniker aus engstirniger Abgeschlossenheit den Weg zur umfassenden Mitarbeit im Volks- und Wirtschaftsleben gefunden hat.

Und deshalb ein für allemal Die Schuhe putzt man mit Erdal

Erdal

Der Goutag der Technik beginnt mit Fachtagungen für Architekten, Bauingenieure, Maschinen- und Elektroingenieure und Chemiker. Besondere Beachtung wird dabei die Kohlefrage als Mittelpunkt des wirtschaftlichen Kampfes finden. Ihre Lösung ist zum großen Teil nur durch die Technik möglich. Die Energieversorgung fordert eine weitgehende Umstellung. Im Bauwesen sind große künftige Aufgaben in Angriff genommen. Der Bau der Autostrassen erfordert Neuerungen auf den verschiedensten Gebieten der Maschinenindustrie.

Außer den Fachtagungen werden die technischen Beamten eine Sondertagung durchführen und die engen Beziehungen zwischen Technik und Verwaltung aufzeigen. Eine große gemeinsame Kundgebung mit dem Führer der deutschen Technik, Generalinspektor Dr. Lodi, beschließt die fachliche Arbeit dieses Tages, worauf sich die in Stuttgart weilenden Techniker zu gemeinsamer Unterhaltung noch einmal bei einem Kameradschaftsabend, der in Verbindung mit der NS-Kulturgemeinde gestaltet wird, zusammenfinden werden.

Wie auf allen Gebieten des Lebens, ist auch in der Technik der große Umbruch voll im Gang. Daher darf beim 1. Goutag der Technik kein schwäbischer Techniker in Stuttgart fehlen.

Gerihtsinal

Wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilt

Kottweil, 26. März. Das Schöffengericht hat den 23 Jahre alten A. D. wegen eines Verbrechens der Notzucht zu der Zuchthausstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Von der Anklage vier weiterer Verbrechen der Notzucht wurde er freigesprochen. Ferner wurde der 26 Jahre alte B. S. wegen sechs Verbrechen wider die Sittlichkeit zu der Zuchthausstrafe von vier Jahren verurteilt.

180 000 RM. verurteilt

Hechingen, 26. März. Vor der Großen Strafkammer hatte sich der 28 Jahre alte Bankangestellte J. von S. wegen Untreue zu verantworten. Seine Verfehlungen fallen in die Zeit von 1931 bis 1933. Der Angeklagte war gehandigt. Auf Grund der Beweisaufnahme wurde der verurteilte Betrag auf 180 000 bis 180 000 RM. beziffert. Es hat sich weiter ergeben, daß der Beklagte nicht durch ein verschwenderisches Leben die Gelder verbraucht, sondern auf dem Wege der Spekulation verloren hat. Er hat sich in jungen Jahren der Spekulation hingegeben, um Gewinn zu machen, statt der Gewinne aber hatte er starke Verluste, die er, als sich ihm kein Ausweg mehr bot, durch Entnahmen und falsche Buchungen zu decken versuchte. Der entstandene Schaden ist von den früheren Bankhabern, den Eltern und Verwandten des Beklagten gedeckt worden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr sechs Monaten und zu einer Geldstrafe von 1000 RM.

Die unmenlichke Mutter vor den Geschworenen

Berlin, 26. März. Vor dem Berliner Schwurgericht begann die auf drei Tage berechnete Verhandlung gegen die 24jährige Frau Charlotte Jänemann, die wegen Ermordung ihrer drei Kinder angeklagt ist. Wie erinnertlich waren die drei Kinder der unmenlichen Mutter in der Kellerwohnung im Nordhorn Berlins am Sonntag, den 3. Februar, von Nachbarn, die durch das Wimmern der Kleinen aufmerksam geworden waren, in völlig verwahrlostem Zustande aufgefunden worden. Die beiden Kleinkinder, der 1 1/2jährige Wolfgang und die 4 Monate alte Ingeborg, waren bereits an Entkräftung gestorben. Der 3 1/2jährige Bernhard harb dann trotz aller ärztlichen Bemühungen vier Tage später im Krankenhaus. Frau Jänemann, die einen sehr zweifelhaften Ruf genießt, war zunächst nicht aufzufinden. Am 6. Februar stellt sie sich selbst der Polizei, da sie durch die Verhandlungen völlig in die Enge getrieben worden war. Sie gestand, daß sie sich überhaupt nicht um die Kinder, die ihr bei ihrem niedrigen Lebenswandel im Wege gewesen seien, gekümmert und sie seit dem 28. Januar ohne jede Nahrung und Wartung gelassen habe. Die ihr gewährten Unterstügungen hatte Frau Jänemann immer in Lokalen durchgebracht. Da Frau Jänemann sich auf diese entmenschte Weise ihrer Kinder hat ent-

ledigen wollen, hat die Staatsanwaltschaft Anklage wegen vorläufigen Mordes erhoben. Der Anklage zur Verhandlung war so groß, daß über hundert Personen keinen Einlaß finden konnten. Die Anklage machte einen verkürzten Eindruck. Die Verhandlung, zu der 22 Zeugen und zwei Sachverständige geladen sind, wird voraussichtlich drei Sitzungstage in Anspruch nehmen.

Handel und Verkehr

Getreide

Stuttgarter Amtlicher Großmarkt für Getreide und Futtermittel vom 26. März. Die Nachfrage nach Brotgetreide war in der vergangenen Woche recht gering. Auch das Weizengetreide verlief ruhig. Der Braugerstmarkt zeigte keine Belebung. Lediglich Futtergetreide und Futtermittel sind gefragt. Preise: Weizen 21, Roggen 17,20, Braugerste 19,50-21, Futtergerste 16,50, Hafer 16,70, Weizenhafer 9-10, Kleber 10-11, Stroh 4,80-5, Weizenmehl 27,60, Roggenmehl 24,10 Weizenmehl 167, Futtermehl 12,50, Weizenkleie 10,50, Weizenvollkleie 11, Roggenvollkleie 10,32 RM.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 26. März
 Auftrieb: 11 Ochsen, 245 Bullen, 204 Kühe, 317 Färsen, 1 Ferkel, 1343 Kälber, 1847 Schweine, 2 Schafe. Unerlaubt: 30 Bullen, 10 Kühe, 1 Färsen, 4 Kälber, 43 Schweine.
 Ochsen: vollfl. 32-35.
 Bullen: ausgem. 36-38 (35-38), vollfl. 33-36 (32-34).
 Kühe: ausgem. 33-36, vollfl. 27-32, H. 20-25, ger. 15-19.
 Färsen: ausgem. 39-42 (39-41,5), vollfl. 35-38 (35-37).
 Kälber: feinste Mast- und beste Saugt. 51-56 (52-55), mittl. 45-50 (46-50), ger. 32-44.
 Schweine: über 300 Pfd. 47-50 (48-49), von 240-300 Pfd. 47-50 (45-50), von 200-240 Pfd. 46-50 (47-49), von 100-200 Pfd. 46-49 (46-48), Sauen 36-43 RM. Marktverkauf: Großvieh beliebt, Kälber und Schweine langsam.

Letzte Nachrichten

Die römischen Abkommen vom franzö. Senat ratifiziert
Paris, 26. März. Der französische Senat ratifizierte am Dienstagvormittag einstimmig die römischen Abkommen zwischen Frankreich und Italien.

Die Erdgasquelle von Enzersdorf versiegt

Wien, 26. März. Der Erdgasausbruch in Enzersdorf bei Wien hat sein Ende gefunden. Die Erdgasquelle ist versiegt. Dienstagvormittag wurde das Bohrloch bis in eine Tiefe von 20 Metern mit Beton zugemauert. Die Stahlrohre und das Gestänge mußten verloren gegeben werden. Ob eine neue Bohrung in der Nähe erfolgen wird, ist noch nicht entschieden. Der Schaden wird mit 200 000 Schilling angegeben.

Unwetterkatastrophe in Nord-Karolina — 3 Tote

Newport, 26. März. Ein Wirbelsturm mit darauf folgendem Wolkenebruch suchte die Stadt Charlotte (Nord-Karolina) und Umgebung heim. Neben einem ungeheuren Schaden an Gebäuden und auf den Feldern wurden drei Personen getötet und zahlreiche verletzt.

Wetter für Donnerstag

Der Hochdruck über Mitteleuropa hat sich etwas abgeschwächt. Die nördliche Störung wandert aber in der Hauptachse ostwärts. Unter diesen Umständen ist für Donnerstag noch vielfach heiteres und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag: W. Klett'sche Buchdruckerei in Altensteig. Hauptverteilung: L. Laub. Anzeigenleitung: Gust. Wobnlich, Altensteig. D.-A. d. I. N.: 2100. Zst. ist Preisliste Nr. 2 gültig.

Bekanntmachungen der NSDAP.

NSDAP, Ortsgruppe Altensteig
 Die Bürgermeister, Stützpunktleiter und Ortsgruppenleiter fahren 6.15 Uhr beim unteren Schulhaus ab mit Herr-Simmersfeld. Von den Pol. Leitern, Wältern und Warten können von ausschließlich ebenfalls einige mitfahren.
 Die übrigen Pol. Leiter, Wälter und Warte fahren 7.30 Uhr vom Marktplatz aus.
 Stelko, Ortsgruppenleiter.

Winterhilfswerk Ortsgruppe Altensteig
 Die ausgegebenen Gutscheine sind heute abend von 6 bis 7.30 Uhr beim Kaffee Armbruster einzulösen. Außerdem sind alle etwa noch ausstehende Rechnungen für das Winterhilfswerk heute abend vorzulegen. Nach dem 31. März können Rechnungen für das W.H.W. nicht mehr angenommen werden.

Hilferjugend Gefolgschaft 13 und 15/126
 Die Standortprekwarie der Gefolgschaften 13 und 15 haben wöchentlich ihre Berichte an mich (nicht an Unterbann) einzulenden.
 Ebenso sind alle Berichte des J.R. und des Bd.R. für die HJ-Bellage Altensteig an mich zu senden.
 Dittl Rominger, Altensteig, Schillerstraße 492.

Hilferjugend Schar 1/15/126
 Die Leistungsbücher sind mit Lichtbild und Angabe der Personalien bis spätestens Freitag in Walddorf dem Gefolgschaftsführer, in Egenhausen an den Scharführer abzuliefern.
 Scharführer.

Hilferjugend Standort Egenhausen
 Der gesamte Standort (HJ u. BdR.) ist heute abend 20 Uhr zum Heimabend in der Schule.
 Scharführer.

Am für Technik
 Am Samstag, den 6. April, findet in Stuttgart anlässlich der Zusammenkunft der gesamten Technik der 1. Goutag der Technik, verbunden mit einer Kundgebung der schwäbischen Techniker, statt. Kein Techniker des Bezirgs darf fehlen. Auf den in gleicher Nummer erscheinenden Preisartikeln wird aufmerksam gemacht. Anmeldungen zwecks Abgabe von Teilnehmerkarten sind an Hg. Wih. Heid, Hagold, Eisbergstraße 6 zu richten.

Am Montag, den 1. April, findet im Galtbau 3 „Deutschen Kaffee“ (Nebenzimmer) um 20.30 Uhr ein Sprechabend statt, wozu sämtliche Techniker eingeladen werden.
 Heid, Kreisamtsleiter Amt für Technik.

Rundfunk
 Donnerstag, 28. März:
 10.15 Nach Frankfurt: Volkssiedlingen
 10.45 Aus Mannheim: Musikstunde
 12.00 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
 13.15 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
 15.15 Volkswellen
 15.30 Frauenstunde: „Beim arabischen Koffa“
 16.00 Nach Frankfurt: Nachmittagskonzert
 18.00 Spanischer Sprachunterricht
 18.15 Kurzgespräch
 18.30 „Die schöne Stimme“
 19.00 Nach Breslau: „Es war einmal...“
 20.15 „Liebe und Kaffee“
 21.00 „Illustrierte Schall-Platte“
 21.45 Kurzschiffahrt der DAF
 22.30 „Tanz in den Frühling“
 23.00 Aus Breslau: „Zeitgenössische Musik“
 24.00 Aus Frankfurt: Nachtmühl.

Geforken
 Calw: Magdalena Stodinger.
 Reudolach: Magdalena Koch geb. Reutter.
 Freudenstadt: Karl Steurer, Fördermeister, 78 J. a.
 Glatten: Friedrich Koch, Schneidermeister, 77 J. a.

Wart, den 26. März 1935.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe Frau, unsere gute, treubesorgte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Katharine Roller

geb. Stepper

nach schwerem Leiden im Alter von 46 Jahren in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefer Trauer:
 Familie Roller zur „Linde“.

Beerdigung Donnerstag nachmittag 2 Uhr.

Plakate

„Gott segne Euren Eingang“.
 „Unsern Eingang segne Gott, unseren Ausgang gleichermaßen“.

sind zu haben in der
 Buchhandlung Laub, Altensteig.

Sondernummer des
Stufte. Beobachter:
 Die Geschichte des 16./17. März
 1935. Preis 15 Pfg.
 Zu haben in der
Buchhandlung Laub



Miele Staubsauger
 80 bis 135 RM.
 Lieferung durch die Fachgeschäfte.

Für die Konfirmation
 empfiehlt:
 Tischtuch-Damast
 Papierservietten
 Tischkärtchen
 Tortenpapier
 die
Buchhandlung Laub
 Altensteig.

Direkt aus Tuchstadt Gera:
 Anzug-Mantel-Kostüm-
 blau, grau, schwarz und farbig reißwollenes Kammgarn à metr. RM. 8,90, 10,80, 12,80, 15,80. Wir liefern porto- und verpackungsfrei! Verlangen Sie unverbindliche Musterstsendung!
 Geraer Textilfabrikation
 G.m.b.H. Gera A 27.

Altensteig
 Tüchtiger
Battersäger
 sofort gesucht.
Fezer, Sägetwerk.
 Die amtliche

Gewinnliste

der Prämien-Ziehung der Reichswinterhilfe-Lotterie 1934/1935 ist erschienen, einzusehen oder zu kaufen in der

Buchhandlung Laub
 Altensteig.

Gesunde Angersfen

hat abzugeben u. werden jederzeit vors Haus geliefert.

Traub, Gaugenwald.
 Verkauf ein noch gut erhaltenes

Radio (Batterie-Empfänger)
 Tausche auch gegen ein Damenfahrrad.
 Martin Rüdler, Zwerenberg.

Motorräder Fahrräder

erstklassige Marken
 sowie Ersatzteile
Paul Schaupp, Altensteig

Für Konfirmanden
 empfiehlt
Gesangbücher
Gesangbuch-Täschchen
Neue Testamente
Vergißmeinnichte
 die
Buchhandlung Laub
 Altensteig.









